



**Solidarité  
sans frontières**

SEITEN 4 – 5

**Migrantische  
Selbstorgani-  
sation**

Das Pangea-  
Kollektiv stellt  
sich vor

SEITEN 7 – 10

**Dossier:  
5 Jahre seit  
der Asylgesetz-  
revision**

Kritische  
Reflexion

SEITEN 15 – 16

**Nachruf:**

In Gedenken an  
Heiner Busch



## Kochen gegen Ausgrenzung

«FusiChuchi» ist ein gemeinnütziges Projekt, das die Möglichkeit schafft, Menschen mit Flüchtlingsgeschichte und Einheimische auf einer einfachen Ebene zusammenzubringen. Auf einer Ebene wie zum Beispiel gemeinsam Kochen oder Spielen und füreinander da sein. Das sind Gelegenheiten, anderen Menschen nahe zu kommen und sie und ihre Kultur besser kennenzulernen. Dadurch entsteht für geflüchtete Menschen die Möglichkeit, sich zu öffnen, sich einfacher zu integrieren und Willkommenkultur zu erfahren. Das schafft die Möglichkeit, die Sprache zu lernen oder zu verbessern, was für viele Neuzugewommene wichtig ist, um die Schweizer Kultur kennenzulernen, aber auch, um sich im Alltag zurechtzufinden. Durch diese Art von Begegnung können auch kulturelle Missverständnisse vermieden werden.

Menschen in Bundesasylslagern und Asylheimen leiden oft unter Angst. Viele führen sich davor, ausgegast zu werden, Permanent unter Angst zu leben, beeinflusst die psychische Gesundheit jeder Person. Es hindert sie an wichtigen Teilen des Lebens. Vor fünf Jahren trat das revidierte Asylgesetz in Kraft. Die Folgen waren Bundesasylzentren, kürzere Verfahren und eine Ausweitung der Abweisungs- und Wegweisungspraxis. Wie wirkt sich das auf Asylsuchende, aber auch auf solidarische Arbeit und Widerstand aus?

Der erste Teil des Bulletins dreht sich um aktivistische Perspektiven. Im Dossier wird über die Auswirkungen der Asylgesetzrevision diskutiert und der dritte Teil nimmt Profiteure des Asylregimes in den Fokus, gefolgt von einem Gastbeitrag von Medico International zum Thema «freiwillige» Rückkehr. Der traurige aber schöne Abschluss ist ein Portrait über den langjährigen Bulletin-Redaktor Heiner Busch, der im September viel zu früh gestorben ist. Heiner, wir sind fest entschlossen, deine widerständigen Ideen weiterzutragen.

(L., Sg)

offene Gesellschaft engagieren, stehen wir quasi vor verschlossenen Türen: Es besteht keine wirkliche Möglichkeit, mit BAZ-Bewohner\*innen direkt in Kontakt zu treten. In den Lagern nicht begegnen zu dürfen – nicht mal, um sie persönlich zu unterstützen. Aktivitäten wie Kochen, Musik hören oder Spielen einzuladen. Die Isolation verhindert die Begegnung, hält die Distanz zwischen Menschen, grenzt sie aus. Das wünscht sich niemand.

**Jafer Rezaei**  
Projekt Eus/Chuchi

Widerstand gegen ein System der Gewalt

## Niemand will verantwortlich sein

Zum Tod von Sezgin Dağ und dem Kampf für Aufklärung und gegen das Vergessen. Auch ein Jahr später bleiben viele Fragen offen.

Vor über einem Jahr, am 13. November 2020, verstarb Sezgin Dağ, 41 Jahre alt und Asylsuchender in der Schweiz. Rund um seinen Tod tauchten viele Fragen auf: Wäre er auch gestorben, wenn Mitarbeitende des BAZ einen Krankenwagen anstatt eines Taxis gerufen hätten? Wäre für eine Person mit Schweizer Pass ebenfalls bloss ein Taxi gerufen worden bei akuten, krampfhaften Schmerzen am

Am 13. November 2021 trafen sich Angehörige und Unterstützer\*innen vor dem Bundesasylzentrum in Lyss. Eingezäunt und mit Sichtschutz verdeckt, am Waldrand der Gemeinde im Seeland und umgeben von Schrebergärten und Industrie, wirkt das Bundesasylzentrum wie ein Gefängnis. Unterschiedliche Stimmen richteten sich an die Öffentlichkeit und an die Behörden. Ein Jahr danach bleiben viele Fragen unbeantwortet. Was ist seither geschehen? Nicht viel. Weder das Spital, noch die aufseiten vom BAZ involvierten Akteure – die ORS, die Securitas aber auch das SEM, respektive der Bund – haben seither Verantwortung für die Geschehnisse übernommen. In einem rechtsmedizinischen Gutachten wurde zwar wenig überraschend festgestellt, dass der Tod ohne Fremdeinwirkung eintraf. Die wichtige Frage aber, ob der Tod von Sezgin Dağ durch ernsthafteres Eingreifen vom Spital oder vom Betreuungs- und Sicherheitspersonal des Bundesasylzentrums Lyss hätte verhindert werden können, ist bis heute ungeklärt. Der rechtliche Prozess geht nur sehr schleppend voran, es scheint als liesse sich die Staatsanwaltschaft Zeit mit der Aufklärung. Eine Kritik, die oft angebracht ist, wenn es um Prozesse zu behördlicher Verantwortlichkeit geht.

## «Mit ihrer Forderung für Aufklärung stemmen sich die Angehörigen von Sezgin Dağ gegen dieses System und gegen das Vergessen von Sezgin und den Umständen seines Todes.»

Herzen? Würde alles getan, um sein Leben zu retten? Bevor Sezgin Dağ am späten Abend des 12. Novembers 2020 über Schmerzen in der Brust klagte, war er vorher deswegen bereits im Krankenhaus gewesen. Nach einer Untersuchung schickten ihn die Verantwortlichen von dort wieder zurück ins Lager – lediglich mit Dafalgan und einem Medikament gegen Sodbrennen im Gepäck. Noch in derselben Nacht starb Sezgin Dağ nach erneuten, akuten Schmerzen in der Brust.

## Editorial

Vor fünf Jahren trat das revidierte Asylgesetz in Kraft. Die Folgen waren Bundesasylzentren, kürzere Verfahren und eine Ausweitung der Abweisungs- und Wegweisungspraxis. Wie wirkt sich das auf Asylsuchende, aber auch auf solidarische Arbeit und Widerstand aus?

Der erste Teil des Bulletins dreht sich um aktivistische Perspektiven. Im Dossier wird über die Auswirkungen der Asylgesetzrevision diskutiert und der dritte Teil nimmt Profiteure des Asylregimes in den Fokus, gefolgt von einem Gastbeitrag von Medico International zum Thema «freiwillige» Rückkehr. Der traurige aber schöne Abschluss ist ein Portrait über den langjährigen Bulletin-Redaktor Heiner Busch, der im September viel zu früh gestorben ist. Heiner, wir sind fest entschlossen, deine widerständigen Ideen weiterzutragen.

(L., Sg)

## BAZ: Orte der Gewalt

Berichterstattung von Betroffenen, Aktivist\*innen und Medienschaffenden haben in den letzten Jahren einen Blick auf Bundesasylzentren als Orte der Gewalt geworfen. Sie enthüllen die Folgen des Sicherheitsregimes, welches die 2016 in Kraft getretene Asylgesetzreform einführt. Ob in Embrach, in Basel oder in Lyss: die Berichte von Gewalt und Diskriminierung in den Lagern sind lang und wiederkehrend. Das bestätigt auch der kürzlich erschienene Oberholzer-Bericht. Der Bericht ist zwar in Bezug auf viele Themen sehr zurückhaltend und ungenügend, aber er kritisiert eben diesen Sicherheitsfokus sehr deutlich. Dieser isoliert Asylsuchende in abgeschotteten Lagern und ist eng gekoppelt an ein System von Verschiebung und kommunikativer Abwehrhaltung vonseiten Mitarbeitenden und Behörden. Mit ihrer Forderung für Aufklärung stemmen sich die Angehörigen von Sezgin Dağ gegen dieses System und gegen das Vergessen von Sezgin und den Umständen seines Todes. Wie nötig es ist, sich gegen das organisierte Vergessen zu wehren, zeigt ein Blick in die Archive des Staatssekretariats für Migration (SEM). Obwohl sich der Todesfall in einem ihrer Zentren ereignete, findet eine Stichwortsuche auf der SEM-Webseite kein Ergebnis dazu.

Alle Fotos in diesem Bulletin stammen von der Demonstration «freies und würdiges Leben für Geflüchtete» vom 02. Oktober 2021 in Bern.  
Fotograf: Eric Roset.



(L.)

Widerstand gegen ein System der Gewalt

## Das Asylregime und die Bedeutung migrantischer Selbstorganisation

Die Tatsache, dass Migration und Migrant\*innen überall auf der Welt an Bedeutung gewinnen, ist ein politisches Thema, das fast alle Länder betrifft. Sowohl Aufnahme- als auch Transitländer erlassen Anti-Migrationsgesetze und wollen das Problem auf nationaler Ebene regeln. Diese neuen Gesetze ebnen den Weg für die systematische Verletzung der Menschenrechte und schaffen neue Migrationsprobleme. Immer mehr organisieren sich Migrant\*innen selber gegen diese Politik. Auch in der Schweiz.

Die europäischen Länder glauben, dass sie Migration durch Gesetze verhindern können. Um dies zu erreichen, geben sie Milliarden von Euro aus. Damit schicken sie Migrant\*innen durch die Grenzpolizeien zurück und schliessen Rückübernahmeabkommen mit Ländern wie der Türkei ab. Auch in der Schweiz wird ein grosser Teil des Asylbudgets für Repression anstatt für bessere Aufnahmebedingungen ausgegeben. Diese Massnahmen sind keine Lösung. Das Hauptproblem sind dabei die Gründe, die Menschen dazu bringen, ihr Herkunftsland zu verlassen, sowie die Haltung der Behörden zu diesen Migrationsursachen.

Wichtige Ursachen für Migration sind Kriege und Wirtschaftskrisen. In vielen Ländern leidet die Bevölkerung dabei unter globalen Ausbeutungsverhältnissen, aber auch unter den lokalen Eliten. Infolgedessen rücken sogenannte Massenmigration und die Zahl der Migrant\*innen in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen und politischen Debatten in Europa. In jüngster Zeit, haben die Migrant\*innen in Europa begonnen, Selbstorganisationen zu gründen und aktiv an diesen Debatten teilzunehmen. Zu diesen gehört auch das PangeaKollektiv.

### Warum ist migrantische Selbstorganisation wichtig?

Migrantische Selbstorganisationen sind problemorientierte und vom Staat, der Bürokratie und der Bourgeoisie unabhängige Organisationen. Sie machen die direkte Demokratie zu ihrem Grundprinzip und zielen auf die Beteiligung ihrer Mitglieder an der gemeinsamen Arbeit und am Entscheidungsprozess ab.

Die Migrant\*innen selbst sind nicht die Ursache von Migration, sondern Opfer der oben genannten Politik. Die Probleme der führenden Politiker und die von ihnen befürworteten Lösungen,

sind nicht dieselben, wie unsere. Für sie sind Migration und Migrant\*innen ein Problem, und die Lösung besteht darin, sie unter Kontrolle zu bringen. Wir hingegen wollen die Hindernisse beseitigen, die es uns nicht erlauben, frei und in Würde zu leben. Wir sagen «Stop» zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und fordern die Änderung der politischen Systeme, die Kriege und Krisen verursachen. Gerade deshalb brauchen wir Organisationen, die unabhängig von den dominierenden Ideologien sind. Organisationen, die Migrationsprobleme erkennen und sich für angemessene Lösungen einsetzen.

In Europa gibt es etliche Organisationen, die sich für Migrant\*innen einsetzen. Doch diese sehen Geflüchtete oft nur als Einzelpersonen, denen geholfen werden soll. Die Betroffenen selber werden nicht aktiv miteinbezogen, unter anderem wegen Sprachbarrieren oder soziokultureller Unterschiede. Dabei sind Migrant\*innen sehr wohl in der Lage, ihre Probleme selber anzugehen, ihre Bedürfnisse zu bestimmen und ihre Rechte zu verteidigen, indem sie eigene Perspektiven zur Migrationspolitik entwickeln. Wenn gemeinsam organisiert, können Migrant\*innen bei der Suche nach Lösungen ihre soziokulturellen und politischen Fähigkeiten einbringen und zudem Verbindungen zu lokalen Strukturen mit ähnlichen Zielen herstellen.

Andererseits stigmatisieren rechtspopulistische Politik, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Islamophobie, die in Europa auf dem Vormarsch sind, die Migrant\*innen. Das führt zu Konfrontation statt Solidarität. Dieses Phänomen ist nicht nur für Migrant\*innen, sondern auch für Arbeiter\*innen, Angestellte, Demokrat\*innen und Gegner\*innen des gegenwärtigen Systems sehr gefährlich. Wenn eine rassistische Politik die Gesellschaft beherrscht, beginnen die Entscheidungssträger\*innen, demokratische und soziale Rechte mit Füßen zu treten. Daher ist es wichtig, die Ursache



der Probleme und die dafür Verantwortlichen zu ermitteln. Migrantische Selbstorganisationen sind in der Lage, interne und externe Solidarität unter Migrant\*innen zu schaffen und Widerstand zu leisten. Gerade deshalb ist es wichtig, dass selbstorganisierte Kollektive die Isolation der gegenwärtigen Asylpolitik bekämpfen. Genau das ist das Ziel von Pangea. Der Grund für die Gründung

wir künstlerische, musikalische und literarische Aktivitäten, um Migrant\*innen die Möglichkeit zu geben, ihre Talente zu zeigen, sich auszutauschen und eigene Projekte zu entwickeln.

Das PangeaKollektiv kämpft für die Rechte von Migrant\*innen und Asylsuchenden und wehrt sich gegen deren Abschiebung. Wir tun dies, indem wir durch die von uns organisierten Demonstrationen die Aufmerksamkeit der Menschen auf die offizielle Migrationspolitik lenken. Wir ermutigen unsere Mitglieder, sich je nach ihrem Interesse an Aktivitäten zu beteiligen. Diese werden von Arbeitsgruppen organisiert. Auf diese Weise lernen wir gemeinsam, knüpfen soziale Kontakte und unterstützen uns gegenseitig. Kurzum: dadurch existieren wir. Wir planen auch spezielle Aktivitäten für Migrantinnen, für Kinder und für LGBTQIA+-Personen.

## «Wenn eine rassistische Politik die Gesellschaft beherrscht, beginnen die Entscheidungsträger\*innen, demokratische und soziale Rechte mit Füßen zu treten.»

des PangeaKollektivs in der Schweiz ist die hier beschriebene Realität. Angesichts Diskriminierung und Barrieren gegenüber Migrant\*innen wollen wir Solidarität und den Zugang zu Informationen stärken, Ungerechtigkeiten bekämpfen und individuelle Aktivitäten koordinieren.

### Pangea: Was wir tun

Wir arbeiten daran, eine Datenbank zu erstellen und Informationen und Erfahrungen von Migrant\*innen darin zu speichern. Sobald sie einen Asylantrag stellen, versorgen wir sie mit nützlichen Informationen und verweisen sie an Rechtsberatungsstellen. Wir arbeiten daran, unsere Aktivitäten für Asylbewerber\*innen und Flüchtlinge, mit denen anderer Organisationen zu koordinieren, um eine stabile und dauerhafte

### PangeaKollektiv

BAZ: Orte der Gewalt

## Subjektiv, vielseitig und ungefiltert

Rund um das Kollektiv Drei Rosen gegen Grenzen entstanden seit Frühjahr 2020 zwei Broschüren, die Betroffene von Security-Gewalt im Bundesasylager Basel zu Wort kommen lassen.

Bisher dominierte das Staatssekretariat für Migration (SEM) den öffentlichen Diskurs. Die Bundesbehörde entscheidet praktisch selbst, wo und wie sie sich inszeniert und bei welchen Themen sie sich und andere Beteiligte lieber unsichtbar macht. Viel zu oft kommen die Menschen nicht zu Wort, welche die Folgen einer un-menschlichen Migrationspolitik zu tragen haben. Um sich gegen Gewalt, Isolation und Entmenschlichung in den Asylslagern zu wehren, müssen die Aussagen von Menschen, die über diese Lebensrealität berichten, wahr- und ernstgenommen werden. Und zwar so, wie sie sind: subjektiv, vielseitig und ungefiltert.

**Die Gewalt liegt im System**  
Nach der Umstrukturierung des Asylsystems im Jahr 2019 berichteten Bewohner\*innen im neuen Bundesasylager vermehrt von Gewaltanwendung durch Securitys-Angestellte. Wir beschlossen, uns mit einer Gruppe gezielt der Dokumentation dieser Übergriffe zu widmen. Der Dokumentationsprozess begann mit einer Gesprächsrunde im Frühjahr 2019, an der sich mehrere Bewohner\*innen des Bundesasylagers beteiligten. Es folgten weitere Gespräche. Als Anfang 2020 eine Gruppe Jugendlicher von extremer Gewalt durch Angestellte der Securitys AG im Bundesasylager berichtete, wurde dieser Dokumentationsprozess nochmals neu angestossen. Ein betroffener Jugendlicher wurde von Securitys-Mitarbeitenden der Art über zugehörig, dass er zwei Wochen im Spital verbringen musste. Auch aus Giffers, Boudry, Altstätten und weiteren Lagern gab es Berichte über Gewalt durch Securitys-Angestellte. Damit wurde deutlich: Die Realität in den Berichten, damit SEM ein Jahr lang nicht müde wurde zu behaupten, es gäbe keine Hinweise auf «unverhältnismässigen Zwang», wog die Beweislast nun zu schwer. Das Resultat: 14 suspendierte Mitarbeitende in den Bundesasylagern Basel, Altstätten und Boudry. Zudem ordnete das SEM eine

externe Untersuchung der Gewaltvorfälle an und anerkannte damit die Missstände, die es zuvor konsequent abstritt.

Die Untersuchung führte der Alt-Bundesrichter Niklaus Oberholzer durch. In seinem im September 2021 erschienenen Bericht, kommen die Betroffenen an keiner Stelle zu Wort. In drei von sieben untersuchten Fällen wird unverhältnismässige und rechtswidrige Gewaltanwendung durch das Securitys-Personal festgestellt, ohne aber das strukturelle Moment der Gewalt gegenüber Asylsuchenden anzuerkennen. Oberholzer redet die Situation mit einer vermeintlich geringen Anzahl von Gewaltvorfällen klein. Der Bericht verschafft dem SEM letztlich die Möglichkeit, sich aus der Affäre zu ziehen: Die Bundesbehörde kann der Öffentlichkeit vorspielen, auf die Vorwürfe reagiert zu haben und sich um eine Umsetzung der unverbindlichen Empfehlungen zu bemühen. Dies ist ein Mittel, Kritik zu umgehen und einem starken Gegendiskurs den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Trotzdem gelang es in diesem Jahr, die Deutungslosigkeit des SEM über die Situation in den Bundesasylagern zu brechen.

## «Das Resultat: 14 suspendierte Mitarbeiter in den Bundesasylagern Basel, Altstätten und Boudry.»

Das ist ein Erfolg der beharrlichen Recherchen und der Öffentlichkeitsarbeit vieler Gruppen, die für ein Ende der Gewalt gegen Asylsuchende kämpfen. Nicht zuletzt ist es ein Erfolg jener mutigen Menschen, die sich getraut haben, mit ihren Erfahrungen an die Öffentlichkeit zu gehen und von denen nicht wenige heute mit Strafverfahren konfrontiert sind. Es ist das Resultat hartnäckiger und kontinuierlicher Arbeit und dem gemeinsamen Druck aus den Lagern und von der Strasse.

**Drei Rosen gegen Grenzen**

WOZ über die Vorgänge im Bundesasylager Basel. Im ersten Bericht der Rundschau kommen Lagerbewohner\*innen sowie Securitys-Angestellte mit ihren unterschiedlichen Versionen der «Konflikte» zu Wort. Letztere sprechen von aggressiven Asylsuchenden, die sie «fixieren» müssen. Der SEM-Kommunikationschef behauptete, dass das SEM bloss von einem Securitys-Mitarbeitenden Kenntnis hatte, der unverhältnismässig Gewalt anwendete.

**Deutungslosigkeit des SEM brechen**  
Ein Jahr später geriet das SEM nach einer weiteren Recherche von WOZ (6. Mai 2021), Rundschau (5. Mai 2021) und dem Westschweizer Radio und Fernsehen massiv unter Druck. Die Protokolle der Sicherheitskräfte zu den Gewaltvorfällen wurden infrage gestellt – nicht bloss durch Gegendarstellungen von Asylsuchenden, deren Worte oft wenig zählen. Es waren Mitarbeitende in der Betreuung im Bundesasylager Basel, die die Versionen eines Gewaltbetroffenen stützten. Und insbesondere eine heimliche Tonaufnahme im Bundesasylager Boudry (NE) zeigte, dass Securitys-Angestellte ganz bewusst Fehlinformationen in den Berichten festhielten – sie erländen etwa Schlüsse durch eine Asylsuchende. Ebenfalls war eine Aussage einer Securitysangehörigen zu hören, in der es um gefälschte Rapporte geht: «Manchmal übertreibe ich die Realität in den Berichten, damit SEM ein Jahr lang nicht müde wurde zu behaupten, es gäbe keine Hinweise auf «unverhältnismässigen Zwang», wog die Beweislast nun zu schwer. Das Resultat: 14 suspendierte Mitarbeitende in den Bundesasylagern Basel, Altstätten und Boudry. Zudem ordnete das SEM eine

# Dossier: Asylgesetzrevision

Ein Gespräch zwischen Pauline Milani und Peter Frei

## 5 Jahre Asylgesetzrevision – damals und heute

Im Oktober 2016 trat das revidierte Asylgesetz in Kraft. Fünf Jahre danach – wie beurteilen wir aus heutiger Sicht die Entwicklungen rund um die Asylgesetzrevision? Diese Revision hatte es in sich: Bundesasylzentren, massiv kürzere Verfahren und eine Ausweitung der Abweisungs- und Wegweisungspraxis waren die Folge. Auf der einen Seite gab und gibt es bis heute viel Widerstand gegen die Folgen dieser Politik. Andererseits führten die Diskussionen auch innerhalb der Asylrechtsbewegung zu Konflikten. Während dem die einen die kürzeren Verfahren als menschlich begrüsst, sahen andere darin ein Abweisungs- und Ausschaffungsmechanismus in Zeiten der Migrationsabwehr. Stand heute erhalten die Bundesasylager wie auch die Fristen und das damit verbundene System miserable Noten von Menschenrechtsorganisationen, Betroffenen und Aktivist\*innen.

In einem Gespräch spüren wir diesen Entwicklungen nach. Ausgangspunkt dabei waren die Erinnerungen an eine politisch anspruchsvolle Debatte mit kontroverser Ausgang bei Solidarität sans frontières (Sofsi). Die verschiedenen Ansichten rund um diese Abstimmung trafen auch im Vorstand von Sofsi aufeinander. Dieser vereint unterschiedliche Perspektiven der Asylbewegung. Peter Frei und Pauline Milani waren zu dieser Zeit beide im Vorstand von Sofsi. Im Gespräch reflektieren Milani und Frei die damaligen Kontroversen und die Entwicklung der letzten Jahre mit selbst-kritischen Überlegungen.

**Sofsi: Im Vorfeld der Abstimmung wurde die Diskussion über Vor- und Nachteile der Asylgesetzrevision mit harten Bandagen geführt. Sofsi entschied sich damals dafür, das neue Asylgesetz zu unterstützen. Was sind eure Erinnerungen an damals?**

**Pauline Milani:** Ich habe in den vergangenen Tagen in meinem persönlichen Archiv gestöbert und die Mails aus dieser Zeit gelesen. Das waren sehr schwierige und kontroverse Diskussionen, die wir damals bei Solidarität sans frontières hatten, insbesondere auch im Vorstand. Es war eine schwierige Ausgangslage mit den ganzen Dublin-

Fällen auf der einen Seite und der Durchsetzungsinitiative auf der anderen. Am Schluss haben wir als Sofsi eine sehr schmerzhaft Entscheidung getroffen.

**Peter Frei:** Ja, schmerzhaft, das ist die richtige Beschreibung. Das war kein leichter Entscheid und wir haben den auch immer wieder verschoben. Am Schluss haben wir uns dazu entschieden, gegen das Referendum der SVP zu sein, sprich für die Asylgesetzrevision zu stimmen. Ich vertrat damals die Position, dass die Verfahren zu dieser Zeit wahnsinnig lange dauerten. Auch in jenen Fällen, die gute Chance hatten – vier, fünf, sechs Jahre, das war schlimm. Für mich war das ein gewichtiges Argument, um das Referendum gegen die Asylgesetzrevision zu bekämpfen. Hinzu kamen parteipolitische Gründe: es war wichtig, dass die SVP diese Abstimmung nicht gewinnt. Diese hatte das Referendum mit dem Slogan «Keine Gratisanwärter für

## «Was ich nicht kommen sah, war, dass diese Bundeszentren derart isoliert und abgeschottet und einem so rigiden Sicherheitsregime unterworfen werden.»

Asylbewerber» ja gestartet. In der Deutschschweiz hatten wir vor diesem Hintergrund den Eindruck, dass die politische Bedeutung der SVP in der Westschweiz unterschätzt wird. Es ging deshalb auch darum, einen Triumph der SVP auf diesem Feld zu verhindern. Damit erkläre ich mir auch die unterstützenden Stimmen aus der Westschweiz.

**P.M.:** Ich stimme zu, dass es in der Westschweiz Unterschiede gab in Bezug auf die SVP. Aber wir haben auch eine andere Realität punkto Basisorganisationen. Diese haben für ein Nein votiert und verstanden es nicht, dass Sofsi ein Ja zum neuen Gesetz empfohlen hat. Die Basisorganisationen waren in der Westschweiz viel stärker als in der Deutschschweiz, zumindest in Genf und Lausanne. Wir haben uns zudem überlegt, ob und wie dieses Gesetz unsere Arbeit als Aktivist\*innen stört oder behindert. Für uns als Gruppen in der Westschweiz ging es nicht nur um

rechtliche Fragen, sondern auch um den erschweren Zugang zu den Lagern und damit das Verunmöglichen von Protest und Widerstand.

## «Ja, diesen Prozess der Entrechtung erleben wir nicht nur hier – der zieht sich durch die Politik der Migrationsabwehr weit über die EU-Aussengrenzen hinaus. Eigentlich erleben wir gerade die schrittweise Abschaffung vom Recht auf Asyl.»

**Sosf:** Wie hat sich die Situation seit der Einführung entwickelt?

**P.M.:** Viele der Befürchtungen haben sich bewahrheitet. Es hat sich einiges verschlechtert im Vergleich zu früher. Ich bin seit 15 Jahren in Asylkämpfe involviert und der Spielraum wird jedes Jahr kleiner. Es ist schwierig, Unterstützung für Leute im Asylprozess zu finden. Der Zugang zum Recht wurde massiv eingeschränkt und auch Unterstützer\*innen zu mobilisieren, ist eine grosse Herausforderung.

**P.F.:** Was ich nicht kommen sah, war, dass diese Bundeszentren derart isoliert und abgeschottet und einem so rigiden Sicherheitsregime unterworfen werden. Ja, es

fühlt sich nach einer Verschlechterung an. Aber das hat nicht nur mit der Asylgesetzrevision zu tun, sondern auch mit einer schrittweisen Verschlechterung im nationalen Kontext, aber auch mit internationalen Verhältnissen.

**Sosf:** Wie meinst du das?

**P.F.:** Die Schweiz profitiert augenscheinlich von Schengen/Dublin, denn sie kann mehr Leute zurück schicken, als sie aufnehmen muss. Und dieses Prinzip wurde bereits unter Simonetta Sommaruga strikt umgesetzt: Alle

Asylsuchenden, die ausgewiesen und zurückgeführt werden konnten, mussten effektiv auch gehen. Das Bundesverwaltungsgericht unterstützt diese Politik gnadenlos. Dieses Gericht müssen wir genauer betrachten, denn da sitzen Überzeugungsstärker\*innen im Richterstuhl: Viele Richter\*innen der SVP, die ihre Parteilinie in die Verfahren einfließen lassen. Ja, die Asylgesetzrevision hat die Situation verschlimmert. Als Jurist finde ich die Gratisanwälte\*innen gerade deshalb auch heute noch gut. Als ich damals das Testverfahren verfolgte, machten die einen engagierteren und qualifizierten Job. Doch dann haben sich die Organisationen beim Aushandeln der Leistungsverträge vom SEM ausspielen lassen – und zwar auf eine katastrophale Art und Weise. Natürlich decken die Fallpauschalen, die die Anwälte\*innen für die rechtliche Betreuung pro Asylsuchende erhalten, deren Aufwände nur ungenügend. In Kombination mit den kurzen Fristen gibt es deshalb viele vermeintlich unmögliche Fälle. Das ist zu Recht einer der Hauptkritikpunkte am heutigen System.

**Sosf:** Hinzu kommen ja noch die schlimmen Zustände in den Camps – das ist doch zusammengesetztes Teil einer bewussten Abschreckungspolitik, die über die Grenzen hinausruft. «Kommt nicht, wir behandeln euch schlecht.»



**P.M.:** Auf jeden Fall. Das bezieht sich auf das ganze System. Jene die hier ankommen, sollen zermürbt werden, bis sie abreisen und alle anderen sollen gar nicht erst kommen. Darauf ist das System ausgelegt. Die offizielle Schweiz macht nichts, dass sich Menschen hier willkommen fühlen. Mehr noch, es wird alles dafür getan, dass die Menschen gehen. Es ist ein Prozess nicht nur der Entrechtung, sondern auch der Entmenschlichung. Und da sehe ich auch die Verbindung zur EU-Migrationspolitik, die ebenfalls auf dem Prinzip Abschottung und Abschreckung basiert.

Eine Analyse der Freiplatzaktion Zürich

## Das neue Asylverfahren – Pikett Asyl als Antwort auf Systemmängel

Die Freiplatzaktion Zürich wirft einen kritischen Blick auf die versprochenen rechtlichen Fortschritte im Sommaruga-Projekt zur Neustrukturierung des Asylwesens. Das ergänzt die Bilanz zum Projekt Pikett Asyl, die im letzten Bulletin erschienen.

Ende August veröffentlichte das SEM die durch das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) durchgeführte Evaluation des neuen Asylverfahrens. In 40 der 120 evaluierten Dossiers wurden teilweise «gravierende Mängel» gefunden. Kritische Worte fand das SKMR auch für den mit dem neuen Verfahren eingeführten, staatlich finanzierten Rechtsschutz. Das Rollenverständnis dieser Rechtsvertretungen sei nicht einheitlich geklärt. Die kaum erkennbare Unabhängigkeit der mandatierten Rechtsvertretung wurde bereits vor Einführung des neuen Verfahrens moniert.

Das «Bündnis für unabhängige Rechtsarbeit im Asylbereich», dem auch die Freiplatzaktion Zürich angehört, kritisierte bereits im Oktober 2020 das zu hohe Tempo im neuen Verfahren und die daraus resultierende mangelhafte Abklärung von Sachverhalten und niedrige Entscheidungskomplexität. Der Bericht zeigte die Schwächen im staatlich finanzierten Rechtsschutz auf: So gelangten betroffene Personen nach der Mandatsniederlegung durch ihre Rechtsvertretung nicht selten an unabhängige Stellen wie die Freiplatzaktion Zürich, um ihr Beschwerderecht doch noch wahrzunehmen. Regelmässige Erfolge in diesen Verfahren zeigten, dass die staatlich zugewiesene Rechtsvertretung in zahlreichen Fällen das Mandat vorzeitig niederlegte und das Bundesverwaltungsgericht die Beschwerde als nicht «aussichtslos» einstufte.

**Vom Pilot- zum Nachfolgeprojekt**

Die kurzen Beschwerdefristen, die peripheren Lage der Bundesasylzentren und die Abschottung der Asylsuchenden von der Zivilgesellschaft, machen eine abrup- Mandatsniederlegung durch die

mandatierte Rechtsvertretung zur Gefahr. Viele Betroffene können in der Folge ihre oft überlebensrettenden Entscheidungen nicht anfechten, weil sie nicht rechtzeitig eine externe Rechtsvertretung finden. Um diesem Systemmangel entgegenzutreten, lancierte die Freiplatzaktion Zürich im September 2020 das Pilotprojekt «Pikett Asyl». Seither können Asylsuchende im Kanton Zürich nach Mandatsniederlegung durch die mandatierte Rechtsvertretung (im beschleunigten wie auch im erweiterten Verfahren) via Onlineformular direkt an eine Koordinationsstelle gelangen. Diese analysiert den Asylantrag, organisiert einen Beratungstermin, bietet eine Zweitmeinung an und ermöglicht letztendlich das Erheben einer Beschwerde.

Ende Juli 2021 zog die Freiplatzaktion Bilanz über die ersten elf Monate des Pilotprojekts. Trotz der besonderen Umstände während der Corona-Pandemie war und ist die Nachfrage nach Pikett Asyl gross. Die betroffenen Personen wünschen sich eine Stelle, die ihnen eine Zweitmeinung und eine Beschwerdemöglichkeit bietet, sie aber auch in anderen rechtlichen Belangen berät und sie teils sozialarbeiterisch begleitet. Denn mit der Mandatsniederlegung durch die staatlich finanzierte Rechtsvertretung verlieren sie

ihre Ansprechperson für sämtliche rechtlichen und sozialen Fragen. Pikett Asyl schliesst diese Lücke zumindest teilweise. Schliesslich – und hier besteht ein Interesse der politischen Öffentlichkeit – ist Pikett Asyl derzeit die einzige unabhängige Struktur, auf die bei Niederlegung des Mandats in der Region Zürich in jedem Fall verwiesen wird. Damit hat Pikett Asyl einen umfassenden Einblick in die

## «Damit hat Pikett Asyl einen umfassenden Einblick in die Behörden- und Gerichtspraxis im neuen Asylverfahren und bringt etwas Licht in die <Blackbox Bundesasylzentrum>»

Behörden- und Gerichtspraxis im neuen Asylverfahren und bringt etwas Licht in die «Blackbox Bundesasylzentrum».

Um diesen Weg weiter zu verfolgen, wurde mit einigen Bündnispartner\*innen beschlossen, ein Nachfolge-Projekt aufzulegen. Dieses deckt in einem ersten Schritt die Asylregionen Zürich, Nordwestschweiz und Bern ab und soll in einem zweiten Schritt auf die Region Ostschweiz ausgedehnt werden. Ein Ver- ein wurde bereits gegründet, das Projekt startet im neuen Jahr.

**Freiplatzaktion Zürich**

Die Freiplatzaktion und ihre Partner\*innen sind für die Weiterführung des Pikett Asyls auf Spenden angewiesen und sind dankbar um jeden Beitrag! Kombi-Nr. FC 80-386582-1

**P.F.:** Das fängt ja beim Eintritt in die Zentren an. Da streuen dann Securitas mit Schlagstöcken und Pfefferspray. Das ist eine systematische Abschreckungspolitik der Schweiz gegenüber Asylsuchenden.

**Sosf:** Entrechtung ist ein gutes Stichwort: damit wird die Entwicklung im Asylbereich oft bezeichnet. Wie sieht ihr diese Entwicklung: Sind die Grundrechte Asylsuchender nach wie vor gewahrt?

**P.F.:** Entrechtung findet statt, ganz klar. Nicht nur im Asylbereich, sondern beispielsweise auch in der Sozialhilfe. Und unter dem Regime von Karin Keller-Sutter hat sich die Situation noch einmal verschärft. Ich habe schon vor 10 Jahren gesagt: Das schlimmste ist, wenn man schnelle Gesetze macht. Und genau das wird seit Jahren gemacht. Ich finde es deshalb auch falsch, nur bis zur Einführung der Asylgesetzrevision zu blicken, denn diese Verschlechterung erleben wir seit Jahren, sie ist ein schleichtender Prozess – der für mich mit der Einführung der Zwangsmassnahmen 1993 seinen Anfang nahm. Besonders haarsträubend finde ich aus heutiger Sicht aber die Tatsache, dass viele Entwicklungen nicht vom Parlament, sondern eigenmächtig vom SEM angestossen und von allen Instanzen geschützt wurden.

**P.M.:** Ja, diesen Prozess der Entrechtung erleben wir nicht nur hier – der zieht sich durch die Politik der Migrationsabwehr weit über die EU-Aussen Grenzen hinaus. Eigentlich erleben wir gerade die schrittweise Abschaffung vom Recht auf Asyl.

## «Es ist doch ziemlich wahnsinnig und absurd, dass wir praktisch nicht über die Rehumanisierung der Menschen und ihrer Lebensumwelt reden. Sondern lediglich über Details vom Sicherheitsregime, dieses selber aber nicht in Frage stellen.»

**Sosf:** Kürzlich erschien der Oberholzer-Bericht zur Gewalt in den Bundesasylzentren. Er kritisiert das neue System in ethischen Punkten deutlich, fordert aber beispielsweise auch polizeilich ausgebildete Angestellte anstatt privater Sicherheitsdienste in den Bundeslagern. Was sagt ihr zum Bericht und seinen Vorschlägen? Lassen sich die Lager damit verbessern?

**P.F.:** Dieses System der Gewalt, der Zäune, der Unfreundlichkeit ist mir ein Rätsel. Das kann ich mir nur so erklären: Man will so erscheinen. Und die Gewalt, die ist in diesem System allgegenwärtig. Das sagt auch der Oberholzer-Bericht deutlich. Dieser hält fest, dass die sieben untersuchten Fälle nur die Spitze des Eisbergs sind. Interessant finde ich seine Empfehlungen. So wie ich das lese, fordert der Bericht, dass das Sicherheitsdenken umgekehrt bzw. umgedacht werden muss. In welcher Ausprägung, das muss dann natürlich diskutiert werden. Der Bericht kritisiert die Auslagerung des Gewaltmonopols vom Staat an schlecht ausgebildete, private Sicherheitskräfte. Und er zeigt auf, dass auf drei Asylsuchende eine Sicherheitsstelle

gerechnet wird, jedoch lediglich eine Betreuungsstelle pro sechs Asylsuchende. Doppelte so viel Sicherheit wie Betreuung – das kann nicht gut gehen.

**P.M.:** Ja, der Bericht hat interessante Elemente. Du hast den Punkt aufgegriffen, über den wir streiten können: Nämlich ob es sinnvoll ist, private mit staatlichen Sicherheitskräften zu ersetzen. Ich denke, das ist ein wichtiger Diskussionspunkt, denn er zeigt auf, worüber wir heute diskutieren. Es ist doch ziemlich wahnsinnig und absurd, dass wir praktisch nicht über die Rehumanisierung der Menschen und ihrer Lebensumwelt reden. Sondern lediglich über Details vom Sicherheitsregime, dieses selber aber nicht infrage stellen. Und das vermittelt auch dieser Bericht, denn der schreibt über diese Lager, als wären das Gefängnisse. Aber das sollten keine Gefängnisse sein. Und das bestätigt doch, dass wir in eine Richtung streben, in der das Normalität wird, von der wir ausgehen. Warum reden wir nicht über den grossen Skandal dieser Zentren, nämlich darüber, dass Menschen eingesperrt werden, weil sie Asyl suchen? Das ist das Problem. Und das wird mit staatlichen Sicherheitskräften nicht gelöst.

**Sosf:** Es gab und gibt aber auch viel Bewegung um die Zentren - Einzelpersonen und Gruppen sind rund um die Lager präsent. Welche Arbeit oder welche Ansätze findet ihr dabei besonders bemerkenswert?

**P.F.:** Dieses Unrecht hat viele Leute bewegt und mobilisiert. Das ist wichtig. Es entstanden viele Initiativen, die sich etablieren konnten. Zum Beispiel Asyl und Piktet. Asyl und viele mehr – insbesondere auch viele lokale Projekte, die schon lange funktionieren, aber kaum sichtbar sind.

**P.M.:** Das sehe ich auch so. Die Zivilgesellschaft wehrt sich. Sie wehrt sich seit 30 Jahren gegen eine politische und administrative Dampfblase im Asylrecht, deren Fahrtrichtung von einer Koalition aus rechtsextremen, rassistischen und konservativen Kräften bestimmt wird. Seit 30 Jahren erleben wir einen konstanten Angriff auf die Asylgesetze und erstarkende rassistische Tendenzen. Dagegen formiert sich Widerstand. Es gibt Gruppen, die junge Aktivist\*innen einbinden und zahlreiche migrantische Selbstorganisationen, die stärker und vor allem immer sichtbarer werden.

**P.F.:** Gerade den letzten Punkt finde ich sehr wichtig und gut.

**P.M.:** Vielleicht ist das ja auch die Dialektik dahinter? Es gibt Leute, die seit 10 Jahren hier sind. Die organisierten sich und nehmen sich mit Mut und Energie die Strasse. Das stimmt mich positiv und ist eine wichtige Entwicklung – hoffentlich rücken die unterschiedlichen Netzwerke weiter zusammen und wachsen gemeinsam.

(L-r)



Profiteure des Asylregimes

## OSEARA: Zwangsausschaffungen, die einschenken

Seit 2016 hat die Firma OSEARA den Auftrag, Ausschaffungen medizinisch zu überwachen. Das bedeutet, dass deren Ärzt\*innen entscheiden, ob jemand transportfähig ist oder nicht. Wie bei den «Gratisanwälden» müsste man sich doch auch hier freuen, dass der Staat den abzuschleppenden Personen eine solche Garantie bietet.

Wir erhalten aber immer wieder Berichte von Personen, die unter extrem prekären Bedingungen ausgeschafft wurden: Schwangere Frauen, die Schmerzen verspüren, Menschen im Hungerstreik, schwer traumatisierte Familien, um nur einige zu nennen. Wie ist das möglich?

Die Antwort darauf liegt im Mandat der OSEARA selbst: Die Firma bestimmt nicht nur, wer ausschaffungsfähig ist, sie wird auch dafür bezahlt, diese Person auf dem Flug zu begleiten. Wenn nun aber medizinische Gründe gegen eine Ausschaffung sprechen, so gehen die Ärzt\*innen leer aus.

2021 hatte das SEM, offenbar in einem Anfall von Gewissen, beschlossen, die Feststellung über die Flugtauglichkeit und die medizinische Begleitung zu trennen und an zwei unterschiedlichen Organisationen zu übertragen. Zu Recht befürchtete das SEM, dass OSEARA die Personen etwas voreilig als transportfähig beurteilt, um sich das lukrative Begleitungsmandat nicht entgehen zu lassen.

Fünf Bewerbungen sind auf die Ausschreibung hin eingegangen. Keine wurde berücksichtigt. Gemäss SEM hätte eine Aufteilung des Mandats unverhältnismässige Kosten verursacht. Das SEM hat keine konkreten Zahlen genannt, aber sein Entscheid, die Übung abzubrechen, lässt uns doch nachvollziehen, wie viel dem SEM das Leben und die Würde der abgeschobenen Personen wert ist: nicht viel.

(Sg)

ANZEIGE

Wir sind  
Klimaneutral

### für den wald.

Umweltbewusst drucken und Klimaschutz ist uns ein Anliegen.  
Ihr Produkt wird bei uns klimaneutral gedruckt und  
auf Wunsch mit dem über von Ökoprogramm versehen.  
So engagieren auch Sie sich für Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

**selva caro druck**

die kleine druckerei inmitten der natur

rudi@daders 6 70 18 films 1 081 9 11 22 55 mail@selvacar.ch www.selvacar.ch



### Profiteure des Asylregimes

## Powercoders: Auslagerung von IT-Schulungen für Geflüchtete

Die Gesundheitskrise hat sich stark auf die berufliche Praxis ausgewirkt. Einige Unternehmen setzen voll auf Telearbeit und sparen so bei den materiellen Ausgaben auf Kosten der menschlichen Beziehungen. Powercoders, die «Schweizer Coding Academy für Flüchtlinge», scheint eines von ihnen zu sein.

Die Grundidee hinter der Expansion von Powercoders besteht darin, dass Geflüchtete an den Türen zu Europa die Möglichkeit haben sollen, in einem Schweizer Unternehmen ein Praktikum zu absolvieren oder später eine Stelle anzunehmen – und zwar mit Telearbeit vom Ausland aus. Dieses Angebot war sogar Teil eines Rückkehranreizes für abgewiesene Personen. Powercoders hat geschäftliche Auslagerung mit der von der Europäischen Union vorangetriebenen Auslagerung des Asyls im Einklang gebracht.

Ausbildung in Informatik in der Schweiz für Inhaberinnen und Inhaber eines B- oder F-Ausweises, die bereits über eine Informatikausbildung verfügen, das ist die Nische von Powercoders. Damit will die Firma den Personalmangel im Bereich der Informationstechnologie (IT) ausgleichen und gleichzeitig den Zugang von Geflüchteten zum Arbeitsmarkt fördern. Mit einer angepeilten Erfolgsquote von fast 90% hat sich das Unternehmen hohe Ziele gesetzt. Vor einem Jahr wurde eine Powercoders-Niederlassung in Turin eröffnet. Pilotprojekte gibt es in Spanien und der Türkei.

### Kodierung aus Diktatorländern

Der Wunsch des Unternehmens nach Expansion beschränkt sich nicht nur auf Europa. 2020 unterzeichnete es eine Vereinbarung mit dem SEM über ein Rückkehrhilfeprogramm.

Wie aus Artikeln in der WOZ hervorging, sollten abgewiesene Asylbewerber aus Äthiopien oder Eritrea überzeugt werden, im Gegenzug für eine Programmierausbildung und die Möglichkeit, ein Praktikum in einem Schweizer Unternehmen zu absolvieren, freiwillig in ihr Herkunftsland zurückzukehren und von dort aus Telearbeit für Schweizer Firmen anzubieten.<sup>1</sup> Die Möglichkeiten des Internetzugangs und des Fernunterrichts schienen allerdings sehr unrealistisch. Das Projekt wurde aus Mangel an Freiwilligen aufgegeben.

### Telearbeitspraktika

Dessen ungeachtet hat Herr Hirsig, der Gründer von Powercoders, vor kurzem einen neuen Verein gegründet: RemoteCoders. Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Nordafrika sollen von einer Programmierausbildung profitieren können, indem sie aus der Ferne ein Praktikum in einem Schweizer Unternehmen absolvieren. Wenn die Virtualisierung der Arbeitsbeziehungen die persönliche Begegnung als Kitt des sozialen Zusammenhalts negiert, wie steht dann um die Arbeitsbedingungen vor Ort? Werden in Libyen

Auszubildende aus den Gefängnissen codieren? Werden die in der Türkei gestoppten Geflüchteten die zukünftigen IT-Lehrlinge der Swisscom? Wie viel werden sie in Ländern verdienen, in denen die Lebenshaltungskosten viel niedriger sind?

Die Fragen bleiben offen. Das Modell des Unternehmens gibt einem das unangenehme Gefühl, dass es auf der Welle einer unwürdigen Migrationspolitik mitschwimmt. Eine Politik, die bereit ist, Menschenrechte zu missachten, um zu verhindern, dass Flüchtlinge europäischen Boden betreten. Powercoders vergisst so ganz nebenbei die menschliche Dimension der Ausbildung.

### Giada de Coulon

Projektkoordinatorin bei Vivre Ensemble

<sup>1</sup> «Mit einem Laptop zurück in die Diktatur» Benjamin von Wyl, 29.04.2021, Die Wochenzeitung

### Profiteure des Asylregimes

## Die ORS gewinnt, Grundrechte verlieren

Wenn es um Profit im Asylwesen geht, dann führt kein Weg an der ORS-Gruppe vorbei. In der Schweiz ist die ORS Auftragnehmerin auf Gemeinde-, Kantons-, und Bundesebene. Auf Bundesebene übernimmt das private Unternehmen Betreuungsaufträge vom SEM an den Standorten Bern, Basel, Boudry, Gené-Flughafen, Giffers und Vallorbe.

Auf der Webseite geben sich Mitarbeitende stolz auf ihre Tätigkeit: «Hier können Neu-Ankommlinge zur Ruhe kommen, sich orientieren und sich auf das Asylverfahren vorbereiten.» Dem stehen Berichte über Gewalt gegen Asylsuchende, Verfehlungen, systematische Schikane oder Klageandrohung gegen Kritiker\*innen entgegen. Diese Kritik hat sich während der Corona-Pandemie noch verschärft: In den ORS-Lagern können Asylsuchende nur ungenügend Abstand halten, haben keine Möglichkeit, sich vor dem Virus zu schützen, kritisieren zahlreiche Berichte. Und prompt brach in verschiedenen Lagern das Coronavirus aus, zum Beispiel im Bundesasylzentrum Basel. Nach eineinhalb Jahren Pandemie schliessen Bewohner\*innen im August 2021 wegen mangelnden Schutzmassnahmen lieber auf der Strasse als im BAZ.

### Geschäftsmodell Migrationsmanagement

Die ORS gehört der Investmentgesellschaft Equistone. Ein Blick auf die Jahresrechnung der ORS-Gruppe zeigt: die Firma verdient gutes Geld. Über 70 Mandate weist sie aus und beschäftigt über 1300 Personen. Im Jahr 2020 erhielt die ORS zwei neue Mandate in

Bern, sowie neue Serviceverträge. Unrentable Mandate hat sie abgestossen und beschrieb sich selber als attraktive Dienstleisterin für öffentliche Ausschreibungen. Die ORS hat Zweigniederlassungen in Deutschland, Österreich und Italien, setzt in der Schweiz aber am meisten Geld um: 70 der über 127 Millionen Franken wurden hier erwirtschaftet. Davon alleine 25 Millionen durch die Zusammenarbeit mit dem SEM, vorwiegend durch Aufträge rund um Bundesasylzentren. Operativer Gewinn der Gruppe: fast 1.5 Millionen Franken.

Im Advisory Board der Firma befinden sich unter anderem die frühere Polizeiministerin Ruth Metzler-Arnold, aber auch die Zürcher SVP-Regierungsrätin und Sicherheitspolitikerin Rita Fühler. Ebenfalls mit dabei: der Freiburger SP-Politiker und ehemalige Richter Erwin Jutzet. Sicherheit und Kontrolle als Geschäftsmodell. Expert\*innen in traumasensitiven Herausforderungen oder sozialer Arbeit, sucht man vergebens. Dieser Fokus hat im Asyl- und Migrationswesen System, auch über die Schweiz hinaus. Die Politik der Abschottung und das Prinzip Migrationsmanagement bedeutet für Rüstungsfirmen, Verwaltungsumternahmen wie die ORS, oder sogenannte Sicherheitsfirmen wie Securitas grosses Profitpotenzial. Für Migrant\*innen und Betroffene bedeutet es Lager und Gewalt als Alltag. (Lr)

Rückkehr-Watch – ein Projekt von Medico International

## Von wegen freiwillig

Das Projekt Rückkehr-Watch (Deutschland), stellt das Konzept der «freiwilligen Rückkehr» in Frage. Eine Kritik, die auch in der Schweiz wichtig ist.

Wer vor Krieg, Armut oder Perspektivlosigkeit geflohen ist, den Weg nach Europa geschafft und einen Asylantrag gestellt hat, hofft auf Ruhe, Sicherheit und die Aussicht, bleiben zu können. Doch immer häufiger unterbreiten die Behörden den Ankommenden das fragwürdige Angebot, sie mögen doch «freiwillig» wieder gehen. Mal geschieht das, nachdem der Antrag auf Asyl abgelehnt worden ist, oft aber auch in noch laufenden Verfahren oder sogar schon davor. Die Lockung: Wer freiwillig geht, erhält Geld und Hilfen für einen Neuanfang im Herkunftsland. Die versteckte Drohung: Wer bleibt, wird womöglich eines Tages zwangsweise zurückgebracht.

### Mehr Infos zum Projekt:

DE: <https://www.freiwillig-ueckkehr.de/>  
FR: <https://www.return-watch.org/fr/>

gekoppelt wird: Die Rückkehr soll in eine erfolgreiche Reintegration, einen Neuanfang zuhause, münden. «Rückkehr in Sicherheit und Würde» – so lautet das Versprechen.

Das Rechercheprojekt «Rückkehr-Watch» blickt hinter die suggestive Rhetorik und schillernden Imagevideos. Es setzt sich kritisch mit der Förderung von Rückkehr und Reintegration auseinander und versammelt hierzu das Wissen von Fachleuten aus Deutschland sowie den Herkunft- und Rückkehrländern. Zudem kommen diejenigen zu Wort, um die es geht: Menschen, die zurückgekehrt sind. In ihren Geschichten wird anschaulich, was die Hintergründe allgemein herausarbeiten: «Freiwillig» im Sinne einer freien Entscheidung zwischen Alternativen ist die Rückkehr fast nie. Die Menschen gehen aus Verzweiflung, im Lichte falscher Versprechungen oder angesichts enormen Drucks; weil die restriktiven Verhältnisse des Asylsystems sie zermüht und die Programme die Hoffnung geweckt haben, das Ganze könne nach einer Rückkehr doch noch ein gutes Ende nehmen. Tatsächlich aber gelingt nur in den wenigsten Fällen eine erfolgreiche Reintegration. Am Ende eines langen Weges stehen die Rückkehrten oft schlechter da als zuvor: Die Politik der Freiwilligen Rückkehr ficht das nicht an. Schließlich erhöht jede\*r nach «nach Hause Getriebene\*» die Ausreisquote.

Rückkehr-Watch dokumentiert die fortschreitende Indienstrahmung von Entwicklungspolitik für Migrationsabwehr. Es geht an vielen Stellen um Ausreisepressur, Alternativlosigkeit und zerstoebene Hoffnungen. Gleichzeitig bündelt die Website die Kritik an und Widerstände gegen diese Politik. Denn der Wunsch und das Recht auf ein Leben in Sicherheit und Würde lassen sich nicht vertreiben.

**Ramona Lenz und Nina Violette Schwarz**  
Medico International / Rückkehr-Watch

Herausgeberin  
Solidarité sans frontières  
Schwarzenburg 9  
3011 Bern  
(Zusammenschluss AKS/RODS)  
Fon 061 311 07 70  
seread@solid.ch  
www.solid.ch  
PC-Konto 30-13574-6  
IBAN CH03 0900 0000 3001 3574 6  
BIC POFICHBXXX

Eric Roset  
Redaktionschefs für die nächste Ausgabe  
18. Januar 2022  
Wir behalten uns vor, Leser\*innenbriefe zu kürzen  
Miglierbeitrag 2021 inkl. Abso:  
Verdienende 70.- / Paare Fr. 100.- /  
Nichtverdienende Fr. 30.- /  
Organisationen Fr. 120.-  
Abso:  
Einzelpersonen Fr. 30.- / Organisationen  
Fr. 50.-

Druck und Versand  
sdfra cno druck ag, Films Weidhaus  
Redaktion  
Lorenz Naegeli (Ln), Peter Frei (Pf),  
Sophie Guignard (Sg)  
Übersetzungen  
Marianne Bontell, Olivier von Allmen  
Lektorin Sosl

IMPRESSUM  
BULLETIN  
SOLIDARITE SANS FRONTIERES  
erschient viermal jährlich  
ISSN 2973-768X  
Auflage dieser Ausgabe  
2500 deutsch / 600 französisch  
Beigeblogte Auflage WEWF  
2327 deutsch / 521 französisch  
Gestaltung und Satz  
Graziella Bärtsch und Moana Blichof

### Nachruf

## Bei der Arroganz der Macht, da wurde Heiner deutlich!

Am 21.09.2021 starb Heiner Busch an den Folgen seiner Krebserkrankung. Heiner war viele Jahre für das Sost-Bulletin verantwortlich, aber auch darüber hinaus bewundernswert aktiv. Ein Nachruf von einem langjährigen Freund.



Heiner war mein ältester Kollege. Obwohl er der jüngste meiner Kolleg\*innen war, als ich ihn 1987 kennenlernte. Aber er war mein Kollege bis zum Schluss, über 34 Jahre – in wechselnden Konstellationen. Geprägt hatte und hat uns über die Jahrzehnte Wolf/Dieter Narr. Heiner war schon als Student zu der kleinen Gruppe gekommen, die recht bald «Clip» (Civil Liberties and Police) ins Leben rief und mit «Die Polizei in der Bundesrepublik» einen Meilenstein in der westdeutschen Polizeiforschung setzte. Ich kam über Wolf/Dieter erst Mitte der 1980er-Jahre in diesen Kreis.

Lange Jahre war Heiner mein Büronachbar. Zu einem gemeinsamen Büro ist es nie gekommen, denn damals wurde in Büros noch geraucht, und das schloss ein gemeinsames Arbeitszimmer mit einem Nichtraucher aus. Aber die Bürotüren standen immer offen. Heiners und Wolf/Dieters standen immer offen.

## «Kann man mit jemandem fast dreieinhalb Jahrzehnte zusammenarbeiten, ohne je in Streit oder nachwirkende Konflikte zu geraten? Ja, man kann.»

mein Biorhythmus liefen nicht ganz synchron. Während ich eher den 10-15-Arbeitsstag bevorzugte, kam Heiner gerne etwas später: blieb aber dafür erheblich länger. Ich ging also regelmäßig früher als er. Und traditionell verabschiedete ich mit einem der wenigen Worte aus meinen Spanischwortschatz: «venceremos!»

Heiner habe ich in all den Jahren nie geheizt erlebt. Er blieb auch dann gelassen, wenn wir anderen schon massiv unruhig waren. Ohne diese Fähigkeit hätte er nicht über Jahrzehnte Clip redigieren können: Denn Zeitverzögerung, saumige Autor\*innen, Artikel, die weit jenseits der Deadline eintrudeln, und stark überarbeitungsbedürftige Manuskripte prägen die Entstehungsgeschichte jeder einzelnen Ausgabe. Heiner hat nicht nur das immer wieder hingebungsvoll geleistet, er hat vor allem den mitunter delikaten Verkehr mit den Autor\*innen auf sich genommen und durchweg er-

folgreich zwischen den Klippen von gekrankter Eitelkeit und politischer Naivität navigiert. Das erforderte sehr viel Zeit. Heiner bevorzugte das Telefon, dieses Sprechen miteinander, so Heiners Philosophie, das führt am ehesten zu Ergebnissen. Sich nicht hinter einer Mail verstecken (und vielleicht eine falsche Tonlage anschlagen), sondern dem oder der Gegenüber direkt sagen, was vielleicht, ggf., eventuell, könnte. Eine solche Redaktionsarbeit benötigt nicht nur Kenntnis und Durchblick, sie verlangte auch Fingerspitzengefühl: Die Empfindlichkeiten nicht zu überreizen, aber gleichzeitig die kritische Position von Clip nicht aufzuweichen.

Als Ehrentitel empfand Heiner, wenn wir von ihm als unserem «Redigatore» sprachen, der darauf achtet, dass die «Limie» nicht verlassen wird. Und das hieß für uns: Dass Clip nicht in die seichtesten Gewässer «neutraler» Beobachtung von Polizeien und «Dienstern» abdriftet. Wie so viele unserer Generation war Heiner in jungen Jahren Sozialdemokrat gewesen, hatte die Partei aber bald verlassen; kein Ort für eine linke, emanzipatorische Politik.

Kann man mit jemandem fast dreieinhalb Jahrzehnte zusammenarbeiten, ohne je in Streit oder nachwirkende Konflikte zu geraten? Ja, man kann. Heiner und ich waren nicht immer einer Meinung. Aber in unseren Grundüberzeugungen lagen wir doch so nahe, dass wir Differenzen nie ausdiskutieren oder auch einfach nebeneinander stehen lassen konnten. Heiner war frei von Bevormundung, Besserwisseri oder Messianismus. Aber was er nicht leiden konnte, das waren die Ignoranz gegenüber Schwächen in der Gesellschaft, die Verklärung von Herrschaftsverhältnissen, die Entmündigung der Einzelnen, kurz: die Arroganz der Macht. Dann wurde Heiner deutlich, sehr deutlich!

Der Höhepunkt, wenn Heiner wieder einmal auf ein Highlight staats-, autoritäts- und bürokratiegläubiger Skatements gestossen war, war ein Satz, den ich für immer mit ihm verbinden werde: «Wie Sie sehen, sehen Sie nichts.» In diesem aufklärerischen Sinne hat er seine Arbeit verstanden. Wie bei des Kaisers neue Kleider muss doch einer rufen: Seht ihr nicht, wie sie euch immerfort





Foto Privatchiv

einreden wollen, wie wichtig sie sind, um die Probleme zu lösen, die ohne sie gar nicht existieren würden...?

Anders als mit Zuversicht und Humor kann niemand klaren und kritischen Verstandes bleiben, der sich über Jahrzehnte mit der Polizei, mit den Geheimdiensten, mit der «Politik Innerer Sicherheit» beschäftigt hat. Heiner besaß diese Fähigkeiten. So deprimierend viele Entwicklungen in «unserem» Feld waren, so regelmäßig wir auf der Seite der Minderheit waren, Heiner hat nie damit geliebäugelt, zu diesen Gewinnern gehören zu wollen. Da hat er lieber einen trockenen Witz gemacht (und einen trockenen Rotwein getrunken) und sich am nächsten Tag wieder in das Elend von Verpolizeilichung, Vergeheimdienstlichung und Grundrechteabbau – um nur drei Standardvokabeln innerer Aufrüstungspolitik zu benennen – zu stürzen.

Heiner, Freund & Kollege, wir, die Leute von Cilip, machen weiter, wo du viel zu früh aufhören musstest: *venceremos!*

#### **Robert Pütter**

Langjähriger Weggefährte von Heiner Busch,  
Autor bei und Redaktionsmitglied von Cilip.

## Agenda

### NoFrontex-Referendum:

Eure Stimmen werden gebraucht. Anfang Januar 2022 läuft die Frist für die Unterschriftensammlung des Referendums gegen den Frontex-Ausbau ab. Dafür braucht es die Unterstützung aller Bulletin-Leser\*innen. Seit Jahren erscheinen im Bulletin Berichte über den Ausbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex und deren Auswirkungen – höchste Zeit, dass den Berichten Taten folgen.

Diesem Bulletin liegt ein Unterschriftenbogen bei. Füllt ihn aus und schickt ihn ein!

Mehr Infos:

<https://frontex-referendum.ch/>  
oder auf [sosf.ch](https://sosf.ch)

### Ausblick: das nächste Bulletin

Schengen als Erfolgsmodell? Das gilt auf keinen Fall für die Schnittstelle Überwachung, Kontrolle und Migration. Seit Jahren werden Grundrechte von Migrant\*innen abgebaut und diese einem umfassenden Kontrollregime unterworfen. Gewalttätige Grenzkontrollen an den EU-Aussengrenzen und der stetige Ausbau vom Sammeln personenbezogener Migrationsdaten sind nur zwei Folgen davon. Diskutiert wird darüber in der Schweiz kaum, schon gar nicht im Parlament: Die Verschärfungen werden praktisch kommentarlos durchgewunken. Das nächste Sosf-Bulletin im März 2022 widmet sich diesem Thema – inklusive einer Veranstaltungsreihe dazu.

Mehr Infos bald auf [sosf.ch](https://sosf.ch)